

4. Mai 1917.

Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantw. Redakteur Franz Michler,
Wien, I., Neues Rathaus.

27. Jahrg. Wien, 4. Mai 1917. Nr. 173.

WIENER GEMEINDERAT.

Sitzung vom 4. Mai 1917.

Vorsitzender Bürgermeister Dr. Weiskirchner

macht folgende Mitteilungen:

Gespendet haben: Dr. Bruno Pollack von Parnau 1000 K für Arme;

Eduard Tomann den Erlös eines Konzertes im Betrage von 441 K für Arme des 4. Bezirkes.

Die Gemeinderäte Dr. Hemala, Ullreich und Genossen stellen folgende Anfrage: In den Nummern 86 und 87 des „Abend“ vom 28. und 30. April d. J. wird der Gemeinde Wien der Vorwurf gemacht, daß sie Kohlenhändler, die im Laufe des Februar d. J. beschlagnahmte Kohle zugewiesen erhalten haben, auf Kosten der Verbraucher bereichere. Es soll nach dieser Zeitungsnote ein Rechenfehler geschehen sein, indem seinerzeit die Kohle zu hoch berechnet worden sei. Jetzt sei aber den Kohlenhändlern eine Summe, die in die Hunderttausende geht, zurückerstattet worden. Es wird gefragt: Ist der Bürgermeister geneigt, dem Gemeinderate den Sachverhalt mitzuteilen? Was gedenkt der Bürgermeister gegen die Verbreitung solcher die Bevölkerung aufreizende Nachrichten zu tun?

In derselben Angelegenheit liegt folgende Anfrage des Gemeinderates Neustadtl vor: Eine Tageszeitung vom 28. April d. J. enthielt unter der Spitzmarke „Ein Rechenfehler der Gemeinde Wien“ die Mitteilung, daß die Gemeinde die kleinen Kohlenhändler auf Kosten der Verbraucher bereichert. Die Magistratsabteilung V soll angeblich die bei den Großhändlern beschlagnahmte Kohle in den Vorortbahnhöfen an die kleinen Kohlenhändler um K 5,50 für 100 kg verkauft und diese sie demgemäß um K 6,20 an die Verbraucher weiterverkauft haben. Vor wenigen Tagen soll die obgenannte Magistratsabteilung den Kohlenhändlern K 1,05 für 100 Kilogramm rückerstattet haben, demnach sich der Kohlenpreis auf K 4,45 stellte, während die Verbraucher K 6,20 bezahlten, was einem Verdienste von 40 % gleichkommt, der in einer so schweren und teuren Zeit nicht so hart genug gerügt werden kann. Es wird gefragt: 1. Beruht dieser Bericht auf Wahrheit? 2. Warum wurde der rückerstattete Betrag, der von rechtswegen den Verbrauchern gehört und die selbstverständlich schwer zu ermitteln sind, nicht im Einvernehmen mit den Kohlenhändlern einem wohltätigen Zwecke zugeführt?

Bürgermeister Dr. Weiskirchner: Ich könnte mir die Sache sehr einfach machen und beide Interpellanten auf die amtliche Berichterstattung hinweisen, welche gestern über Verlangen des Magistrates im „Abend“ enthalten war. Ich halte es aber auch für notwendig, daß in die Akten des Gemeinderates aufgenommen werde, wie sich der Sachverhalt darstellt, damit die Bevölkerung erfährt, welche Lügen und welche Gehässigkeit gegen die Gemeinde verbreitet werden.

Der Bürgermeister verliest nun einen umfangreichen Bericht des Magistratssekretärs Dr. Fastenbauer, dem wir folgendes entnehmen: Als im Februar infolge des Froates außerordentliche Verkehrsschwierigkeiten aufgetreten waren, wurde die Gemeinde Wien befragt, ob sie Kohle, welche rasch entladen werden müsse, übernehmen wolle.

Der Vertreter des Magistrates hat sich hierzu sofort bereit erklärt, da die Kohle sonst sicher für die notleidende Wiener Bevölkerung verloren gewesen und der Heeresindustrie und den Bahnen zugefallen wäre.

Es wurde nun rasch die Aufteilung der Kohle durchgeführt, die Kohlenhändler wurden telephonisch verständigt und angewiesen, die Kohlen in kleinen Mengen entweder direkt an die Bevölkerung abzugeben oder fuhrweise an Kleinhändler. Eine Schwierigkeit bot die Preisfrage. Die Bestimmung eines festen Uebernahmepreises hätte den Nachteil gehabt, daß bei zu niedrigem Ansätze die Gemeinde den Schaden, der Händler den Nutzen hätte. Falls der Uebernahmepreis zu hoch angesetzt würde, mußte die Gemeinde den Vorwurf einer unnötigen Verteuerung der Kohle riskieren. Bei Bestimmung eines einheitlichen Verkaufspreises konnten die verschiedenen Regien nicht berücksichtigt werden. Es wurde daher den Kohlenhändlern die Weisung gegeben, die Kohle zu den ortsüblichen Preisen abzugeben und zur Deckung der Gemeinde wurde von den Händlern eine Sicherstellung für den kreditierten Kaufpreis verlangt. Das Marktamt wurde beauftragt, über die Durchführung des Verkaufes/die von den Händlern verlangten Preise zu berichten. Daraus ist zu entnehmen, daß einzelne Händler, obwohl die Kohle nirgends um einen übermäßigen Preis verkauft wurde, bei dem sich ergebenden Durchschnittspreis einen über das übliche Maß reichenden Nutzen erzielen würden. Der Bürgermeister erteilte den Auftrag, diese Händler zur Rechtfertigung über die Preisstellung aufzufordern. Sie rechtfertigten sich damit, daß sie mit höheren Gestehungskosten der Kohle zu rechnen gewohnt seien und erklärten sich ohne jede Aufforderung bereit, einen angemessenen Teil ihres Nutzens zu Gunsten der Armen zu erlegen. Auf Grund der Abrechnung wird selbstverständlich den Händlern jener Teil der Sicherstellung, der durch Forderungen der Gemeinde nicht in Anspruch genommen wird, rückerstattet werden. Die aus den erlegten Sicherstellungen zurückzuzahlende Summe wird rund 7000 K betragen.

Aus vorstehendem Berichte wolle entnommen werden, daß es bei der herrschenden Kohlennot im Interesse der Bevölkerung gelegen war, die Kohle unter allen Umständen zu übernehmen, daß bei der raschen Durchführung der Beschlagnahme und des Umsatzes der Kohle eine Kalkulation der Kosten vollständig ausgeschlossen war, daß die Beschlagnahme mit einem großen Risiko für die Gemeinde verbunden war und daß die Bevölkerung die dringend benötigte Kohle mit keinem höheren Preise bezahlt hat, als sie die Kohle sonst bezahlen mußte. Wenn das Ergebnis schließlich für die Gemeinde keinen finanziellen Nachteil gebracht hat, so liegt das in verschiedenen Umständen und nicht zuletzt in dem Entgegenkommen, das die ursprünglichen Eigentümer der Kohle bei der Preisstellung erwiesen haben.

GR. Kunschek stellt folgende Anfrage: Seit längerer Zeit wird in Niederösterreich Butter und Schweinefett von den Bezirkshauptmannschaften im Wege der Gemeinde, bei den Landwirten requiriert. Das requirierte Fett wird von den Gemeinden wohl gesammelt, aber, wie ich von verschiedenen Seiten höre, nicht mit der gebotenen Raschheit abgeführt, sondern in den Gemeinden durch längere Zeit liegen gelassen.

Die Behandlung der requirierten Fettmengen und auch deren Aufbewahrung soll vielfach eine vollkommen unfachgemässe sein; die requirierten Fettmengen werden in unreinen Fässern oder Bottichen gesammelt und diese werden oft in ungeeigneten Räumen (dampfen Kammern, Presshäusern, u. s. w.) aufbewahrt. Infolge dieser nicht fachgemässen Behandlung und Aufbewahrung sollen bedeutende Mengen Fettes für den menschlichen Konsum unrettbar verloren gegangen sein.

Ich erlaube mir daher an Seine Excellenz dem Herrn Bürgermeister die Anfrage zu stellen, ob ihm von diesen Vorgängen etwas bekannt ist und er in der Lage ist, Abhilfe zu schaffen.

DR. Dr. Weiskirchner erwidert: Es ist richtig, dass auf Grund der Statthaltereiverordnung vom 22. Februar d. J. und der Ministerialverordnung vom 11. Jänner a. c., Butter, Butterschmalz und Schweinefett in Niederösterreich von den Bezirkshauptmannschaften im Wege der Gemeinden

denen bestimmte Lieferungskontingente auferlegt worden sind, requiriert wird. Soweit mir bekannt ist, erfolgt jetzt diese Requisition in der Weise, dass Landfleischhauer oder andere Personen, die bisher den Butter- und Fetthandel betrieben haben, mit dem gemeindeweißen Sammeln der requirierten Fettmengen betraut wurden.

Auch bei mir sind in jüngster Zeit bereits Klagen darüber eingelaufen, dass die bezeichneten Fettsorten wohl eingesammelt, aber nicht rechtzeitig an die Verbrauchsorte, insbesondere nicht nach Wien abdisponiert werden, sodass sie wochenlang in den Requisitionsorten liegen bleiben und beträchtliche Fettmengen infolge der vom Herrn Interpellanten bereits geklagte nicht fachmännischen Behandlung, sowie schlechter Lagerung verdorben sein sollen. Wenn mir bisher auch noch nicht konkrete Fälle bekannt gegeben worden sind, so zweifle ich doch nicht daran, dass diese Klagen, da sie zum Teile auch von sonst verlässlichen Seiten erhoben werden, zumindestens bis zu einem gewissen Grade auf Tatsachen beruhen.

Abhilfe kann ich selbst leider nicht schaffen; ich werde aber, da bei der neulichen Fettnot das Verdorben selbst der geringsten Fettmenge verhindert werden muss, diese Interpellation der Statthalterei mit dem Ersuchen vorlegen, sie wolle die Bezirkshauptmannschaften anweisen, dass sie für die rascheste Abfuhr der requirierten Fettmengen, sowie für deren sachgemässe Behandlung und zweckmässige Lagerung zu sorgen haben.

GR. Dr. Mittler interpelliert über den Ankauf von Zuckerrüben von Baron Thavonat und stellt folgende Anfrage: Ist der Herr Bürgermeister geneigt, seine Erklärung, dass er Rüben oder andere Versorgungsartikel im Notfalle um jeden Preis kaufen werde, zurückzunehmen oder richtig zu stellen? Ist der Herr Bürgermeister geneigt, auch gegenüber dem Rübenverkäufer die berechtigten Ansprüche der Gemeinde eventuell im Rechtswege geltend zu machen?

Ist der Herr Bürgermeister geneigt, dem Gemeinderat fortlaufend über den Verlauf der Angelegenheit bis zu der vollständigen straf- und zivilrechtlichen Erledigung der Angelegenheit Bericht zu erstatten?

Bgm. Dr. Weiskirchner: Was den letzten Teil der Anfrage anbelangt, weist der Interpellant, dass Baron Thavonat die Selbstanzeige gemacht und die Untersuchung beim Landesdivisionsgericht anhängig ist. Ich bin also nicht in der Lage hierüber dem Gemeinderat Mitteilungen zu machen, da ich von dort keine Auskunft erhalte. Was die Anfrage 1 anbelangt, so bedauere ich nicht die Äusserung, die ich getan habe, und die nur von parteigehässigen Gegnern missverstanden werden können. Ich habe damals sinngemäss erklärt, wenn für die Gemeinde eine schwere Zeit anbricht, so werde ich Lebensmitteln unter allen Umständen zu verschaffen trachten. Eine Bemerkung, mit der ich mich in vollem Einverständnis mit den Obmännern der Konferenz GR. Dr. Hein und Gemeinderat Reumann befinde. Diese meine Äusserung ist also nichts anderes, als die einmütige Anschauung der Obmänner-Konferenz, für unsere Bevölkerung um jeden Preis vorzusorgen, und hat mit der Affäre Thavonat nichts zu tun. Im Uebrigen lehne ich die weitere Beantwortung der Interpellation ab. (Lebhafter Beifall).

GR. Völkl stellt folgenden Antrag:

Der Stadtrat wolle beschliessen, dass solchen Armen, welche laut ärztlichen Befundes vollkommen erwerbsunfähig sind und welche Anverwandte besitzen, bei welchen selbe Wohnung und Verpflegung erhalten können, für die Zeit der abnormen Teuerung ein Erhaltungsbeitrag bis zur Höhe von 60 Kronen zu gewähren sei und von diesem Beschlusse die Armeinstitute zu verständigen.

GR. Herold stellt einen eingehend begründeten Antrag, einen alljährlichen Weipmarkt in grossem Stile im W. Rathause zu veranstalten.

Die Anträge werden der geschäftsordnungsmässigen Behandlung zugewiesen.

Es wird hierauf an die Erledigung der Tagesordnung geschritten.

Vize-Bgm. Hierhammer beantragt, für Gewährung ausnahmsweiser Geldunterstützungen an hilfsbedürftige Tuberkulose im Rahmen der von der Gemeinde Wien eingeleitete Tuberkulosefürsorge-Aktion einen Kredit von 50.000 Kronen zu bewilligen.

2
Gr. Reumann führt aus, dass sich in der Tuberkulosefürsorge Momente ergeben werden, welche ein sofortiges Eingreifen mit entsprechenden finanziellen Mitteln erfordern. Diesem Umstande ist es zuzuschreiben, dass ein Fond für derartige augenblickliche Unterstützungen angesammelt werden sollen, er glaube, dass diese 50.000 Kronen sich reichlich verzinsen werden und er bittet deshalb ebenfalls den Antrag anzunehmen.

Die Anträge des Referenten werden hierauf einstimmig genehmigt.

Vize-Bgm. Hierhammer berichtet über die Anlage von Versuchsteichen für Fischzucht in Albern.- Dem Referentenantrag wird zugestimmt.

Nach einem Antrage des Vize-Bürgermeisters Hoss wird dem Vereine der Beamten der Stadt Wien wie in den Vorjahren eine Subvention von 2500 Kronen bewilligt.

Gr. von Steiner berichtet über die Ausgestaltung des Arbeits- und Dienstvermittlungsamtes der Stadt Wien zu einem Arbeiterfürsorgeamt. Er führt aus:

Die von der Regierung zu Anfang des Krieges mit den besten Absichten ins Leben gerufene Kriegsorganisation der Arbeitsvermittlung, die einen Zusammenschluss der bestehenden Arbeitsvermittlungsanstalten zuerst in Niederösterreich und später im ganzen Reiche sowie den Austausch zwischen Arbeitsangebot und Arbeitsnachfrage zum Ziele hatte, ist gescheitert. Die Gründe dieses Mißerfolges sind in erster Linie in nationalen und politischen Schwierigkeiten zu suchen.

Es wird nunmehr die Ausgestaltung des städtischen Arbeits- und Dienstvermittlungsamtes zu einer modernen, den Einrichtungen anderer Großstaaten entsprechenden Institution in Angriff genommen werden und erfüllt die Gemeinde eine soziale Pflicht von großer Bedeutung, wenn schon jetzt alle Vorkehrungen getroffen werden, daß die heimkehrenden Krieger die Stelle kennen, wohin sie sich im Bedarfsfalle zu wenden haben.

Dieses neue Arbeiterfürsorgeamt wird auch dazu berufen sein, vorläufig für Wien und später auch für ganz Niederösterreich die Zentralstelle der Arbeitsvermittlung zu bilden. Es ist daher jetzt schon die Pflicht der Gemeinde, für die Zeit der Demobilisierung zweckdienliche Vorbereitungen zu treffen und es dürfte gewiß notwendig werden, daß sich vor allem in Wien die größten Arbeitsvermittlungsinstitute zu gemeinsamer Tätigkeit vereinigen, um im Bedarfsfalle Arbeitsangebot und Nachfrage auszugleichen.

In Deutschland hat seit Ausbruch des Krieges der Gedanke der Zentralisierung und der Zusammenarbeit der in den einzelnen Orten und Bezirken bestehenden nicht gewerksmäßigen Arbeitsvermittlungsstellen immer mehr und mehr an Boden gewonnen, so daß die Reichsregierung und die Landesregierungen nach Kräften bestrebt sind, eine Zentralisierung der Arbeitsvermittlung herbeizuführen.

Die neue Einrichtung beinhaltet einen bedeutenden Fortschritt auf dem Gebiete der sozialen Einrichtungen der Gemeinde. Die Schaffung von Arbeitsgelegenheiten für Arbeitslose, die Beschränkung des Zuzuges Arbeitsloser zur Großstadt und manches andere wird eine eingehende Behandlung erfahren. (Berufsberatung: Heranziehung eines tüchtigen gewerblichen Nachwuchses, Lösung der Frage betreffend die Frauen, die während des Krieges beruflich an Stelle der eingerückten Männer getreten sind und durch die rückkehrenden Männer ihre Stelle verlieren; Fürsorge für die aus dem Kriege heimkehrenden Männer, die ohne invalid zu sein, infolge Erschöpfung oder Erkrankung zur Ausübung ihres früheren Berufes nicht mehr fähig sind

und eine leichtere Beschäftigung anstreben u. s. w.)

Der Mangel an Lebensmitteln, an Stoffen und Leder, der aller Voraussicht nach dem Kriegsende nicht sofort behoben werden kann, wird schliesslich auch die öffentliche Verwaltung veranlassen, der Ausspeisung Arbeitsloser und der Beteiligung der aus dem Felde heimkehrenden Arbeiter mit Kleidern und vor allem mit Schuhen, ihr Augenmerk zuzuwenden, damit die betreffenden Personen überhaupt in den Stadt gesetzt werden, einen Arbeitsplatz anzunehmen. Hier wird in erster Linie auf die Mitwirkung der Militärverwaltung zu rechnen sein, dass dieselbe aus ihren, nicht mehr benötigten Vorräten entsprechende Mengen Material zur Verfügung stellt; hier wird aber auch die gesamte Bevölkerung miltätig sein müssen, damit sie an Spenden in Natura und Geld die Hilfsaktion nach besten Kräften fördert. Auch auf diesem Gebiete wird das Arbeiterfürsorgeamt zur Mitarbeit berufen sein.

Es werden aber auch alle Konsequenzen des Krieges für Arbeitssuchende in das Bereich der Tätigkeit des Arbeiterfürsorgeamtes fallen, zu dessen Geschäftsführung ein Beirat bestimmt ist, in welchen nicht nur die Vertreter der Gemeinde und deren Organe, sondern auch die Vertreter der k.k. Behörden, der Industrie, des Handels und Gewerbes sowie der Arbeiterschaftsind und der dann auf Grund seiner Zusammensetzung segensreich wirken kann.

Ich habe in meinen Ausführungen zu dem eingangs erwähnten Antrage auch die Schaffung eines Beirates in Anregung gebracht, in dem Arbeitsgeber und Arbeitnehmer paritätische Vertretung finden und die Richtlinien der Tätigkeit der städtischen Arbeiterfürsorge festlegen sollen.

Im Zusammenhange mit der Ausgestaltung des Wirkungskreises des Arbeits- und Dienstvermittlungsamtes dürfte es gewiss am Platze sein, auf diese Anregung einzugehen und damit eine Frage zu erledigen, die bereits wiederholt die Öffentlichkeit und auch den Wiener Gemeinderat beschäftigte. Nach den günstigen Erfahrungen, welche die Gemeinde Wien mit ihren Kommissionen und Ausschüssen gemacht hat und im Hinblick auf die Erfolge, die auch der Staat mit ähnlichen Einrichtungen erzielte, es wolle hier nur auf das Kuratorium der amtlichen Landesstelle der Arbeitsvermittlung an Kriegsinvalide verwiesen werden- glaube ich dem Gemeinderate die Bestellung eines gemeinderätlichen Beirates für das Arbeiterfürsorgeamt in Vorschlag bringen zu sollen, damit in Hinkunft den Vertretern aller Parteien des Gemeinderates Gelegenheit geboten ist, in wichtigen Angelegenheiten, welche die Arbeiterfürsorge betreffen, beratend mitzuarbeiten und so auch die kommunale Institution nach besten Kräften zu fördern und zu unterstützen. Es bedarf wohl keiner Begründung, dass ein derartiger Beirat die Stellung des Arbeiterfürsorgeamtes in der Öffentlichkeit wesentlich festigen und seine Tätigkeit bedeutend erleichtern wird. Nur auf diesem Wege wird es möglich sein, endlich einmal eine Zentralisierung der Arbeitsvermittlung wenigstens in Wien anzubahnen und einen Austausch von Arbeitsangebot und Arbeitsnachfrage zwischen den einzelnen Vermittlungsstellen - in Wien bestehen zirka 140 - zu ermöglichen.

Wir alle hoffen, dass das furchtbare Weltringen in kurzer Zeit sein Ende finden wird und uns recht bald ein dauernder Friede beschieden sein möge.

Es wird daher schon jetzt an der Zeit sein, auch hinsichtlich der Arbeitsvermittlung und der Arbeiterfürsorge Fürsorgevorbereitungen zu treffen und soll dieses Amt den sozialen Stoss, der sich aus den Konsequenzen des Krieges bei der Demobilisierung ergibt, auffangen und somit eine segensreiche Wirksamkeit entwickeln.

Gr. Reumann sagt, dass er nur gegen jenen Teil der Anträge als Kontraredner sprechen wolle, welcher die Wahl eines Ausschusses vorsieht, welcher seine Beratungsergebnisse dem Stadtrate zur Genehmigung

vorzulegen habe. Er müsse gestehen, dass aus dem ursprünglichen Antrage des Referenten, den er am 27. Juni 1916 eingebracht, verflucht wenig übrig geblieben sei. Dieser Antrag war einbegleitet mit den Worten: „Das Morgenrot einer neuen Zeit leuchtet uns entgegen.“ Nach diesen Fanfarenstößen, mit denen eine Reform des Arbeitsvermittlungsamtes verheissen ward, kommen jetzt einige Kindertrumpetenstöße heraus und es bleibt nichts übrig als ein Beirat, welcher bloss eine beratende Stimme haben soll. Wenn der Referent von einer Beschränkung des Zuzuges Arbeitsloser nach Wien des weiteren in seinem Antrage spricht, muss ich sagen, dass alle bisherigen Versuche die Freizügigkeit der Arbeiter irgendwie zu beschränken, an dem geschlossenen Widerstande der Arbeiter gescheitert sind. Scheitern wird auch die Meinung, dass die Demobilisierung in einem gewissen Rahmen und einer vorher bestimmten Zeitfolge zu regeln sein wird. Eine fallweise Entlassung der Eingerückten wird an dem starken Willen, der seit so langer Zeit im Felde Stehenden endlich nach Hause zu kommen, scheitern. Ich bin daher immer dafür eingetreten, dass soviel Arbeit als irgend möglich, bereit zu stellen ist und bei den Friedensverhandlungen auf die möglichst umfangreiche Zufuhr von Rohprodukten gedrungen werden müsse. Die schönsten Berechnungen über eine stufenweise Heimsendung der Eingerückten werden an dem vorhandenen elementaren Bedürfnisse scheitern, welches diejenigen hegen, die in einer Zahl von Hunderttausenden bereits über das militärflichtige Alter hinausgegangen im Felde stehen. Ich bin daher in verschiedenen Konferenzen bei den staatlichen Stellen dafür eingetreten, dass die Unterhaltsbeiträge durch eine gewisse Zeit, wenigstens, aber ein halbes Jahr nach der Demobilisierung weiter gezahlt werden. Wenn ich neuerlich auf den beantragten Beirat zu sprechen komme, muss ich sagen, dass dieser das überflüssigste Ding der Welt ist. Schon im Jahre 1907 anlässlich der Budgetdebatte haben wir verlangt, dass die gesamte Verwaltung des Arbeitsvermittlungsamtes einem Beirat übergeben werde, welcher paritätisch aus Arbeitsgeber und Arbeitnehmer zusammengesetzt ist. Von dieser unserer Forderung ist seither niemihr die Rede gewesen und wird diese auch in dem vorliegenden Antrage nicht erfüllt.

In dem städt. Arbeitsvermittlungsamte wird die Vermittlung hauptsächlich von nicht qualifizierten Arbeitern durchgeführt, während jene von qualifizierten Arbeitern von den Gewerkschaften besorgt wird. Es ist notwendig, dass Stellen, welche vom Arbeitsvermittlungsamte infolge Mangels an Arbeitern nicht besetzt werden können, an die gewerkschaftlichen Organisationen weitergegeben werden und so zur Besetzung gelangen. Aus diesen Gründen ist eine enge Verbindung des Vermittlungsamtes mit den gewerkschaftlichen Organisationen notwendig und diese Verbindung würde eben am besten der paritätische Ausschuss herstellen.

Gr. Rummelhardt: Auch der vorliegende Antrag des Stadtrates ist wieder eine Etappe für den Fortschritt der Gemeindeverwaltung auf wahrhaft sozialem Gebiete, ein Ehrenzeichen für die Gemeinde, die ein Amt schafft, in dem die Arbeiter all das finden, was sie von der Gemeinde verlangen können. Wenn die Forderungen des Vorredners erfüllt werden sollen, so ist dies nur auf dem Wege möglich, dass eine Reform des ganzen Magistrates stattfindet. Der vom Stadtrate vorgeschlagene Beirat wird sehr wirksam wirken, indem er die Initiative für so manche Betätigung geben, dadurch das Amt vor einer Bursau-

3
Eine Friedenskundgebung der Frauenhilfsaktion. Die Vorsitzende der Frauenhilfsaktion im Kriege Frau Berta Weiskirchner hat heute nachstehende Friedenskundgebung der Frauenhilfsaktion dem Minister des Aeußern Grafen Czernin übersendet: Der Zentraldamenbeirat der Frauenhilfsaktion im Kriege, fühlt sich berufen im Namen aller Organisationen den Friedenswillen der Frauen Wiens zu bekunden. Die verbündeten Staaten der Zentralmächte haben den Beweis erbracht, daß sie mit den Waffen nicht zu besiegen sind und den eisernen Willen und die Kraft haben durchzuhalten. Dieses nutzlose, furchtbare Vernichtungswüten zu beenden ist der sehnlichste Wunsch der ganzen Welt, aber ganz besonders der Frauen. Ergeben und stark tragen sie alle Kriegsleiden, es verursacht ihnen aber der Gedanke doppelten Schmerz, daß zweckloses Blutvergießen uns dem Kriegsende keinen Schritt näher bringt, sondern als Familienzerstörer Not und Armut über die schuldlosen verlassenen Frauen und Kinder bringt, sie der Ausbeutung durch Kriegswucher preisgibt und ganze Länder dem wirtschaftlichen Ruin entgegenführt.

Die Entartung und Verrohung der heranwachsenden Jugend, die der Erziehung und Führung der Eltern entbehren muß, weil der Vater im Felde steht und die Mutter dem Erwerbe nachgeht oder auf Lebensmittelsuche ist, macht sich heute schon fühlbar und die Teuerung richtet viele Familien, die vor dem Kriege gut versorgt waren, gänzlich zugrunde. Solange es notwendig sein wird, alle diese schweren Schäden zu ertragen, wird die Frauen Wiens weder Hunger noch schwere Arbeit oder andere Lasten veranlassen, um Frieden zu bitten, sie sind aber jederzeit bereit ihren Friedenswillen zu äußern, denselben zu vertreten und dafür Opfer zu bringen.

Abgabe von Saatkartoffeln an die Kriegsgemüsegärtner. Die Kriegsgemüsegärtner des 13., 14., 15., 16. und 17. Bezirkes erhalten das Saatgut in der Abgabestelle 17. Richtigthausenstraße 2 (Hernalser-Schlachthaus), die der Bezirke 18., 19., 20. und 21. im Lager 19. Hardtgasse 24 (Kuffnerkeller).

kratisierung bewahren wird, andererseits wird der Beirat eine gewisse Kontrolle ausüben. Der Redner spricht sodann über die Demobilisierung und erklärt, dass jeder im Saale wünsche, dass die Bingerkötten sofort nach Beendigung des Krieges alle ohne Unterschied wieder entlassen werden. Die qualifizierten Arbeiter werden gewiss bald wieder Arbeit finden. Wenn der Zufluss etwas eingeschränkt wird, so werde dies ein Segen sein für die Stadt Wien, aber auch für die qualifizierten und bodenständigen Arbeiter. Die neue Völage sei ein Beweis, dass die Gemeinde in der Friedenserüstung auf allen Gebieten bestens vorsorgt. Bezüglich der Ausgestaltung des neuen Amtes werden aus den Reihen der Gemeinderäte der Arbeiterorganisationen und der Unternehmer so viele Anregungen kommen, dass das Arbeiterfürsorgeamt sich ebenfalls zum Stolz der Gemeinde entwickeln wird. (Lebhafter Beifall)

GR. Dr. Hein: Die Versuche, den Strom der Rückkehrenden von der Gemeinde Wien abzuleiten, haben kaum Aussicht auf Erfolg, im Interesse der Reichshauptstadt sei aber auch eine Beschränkung der Freizügigkeit gar nicht zu wünschen. Der Redner setzt sich ebenfalls für die Schaffung eines Ausschusses anstatt eines Beirates ein und stellt einen diesbezüglichen Antrag. Soll dieser Antrag nicht die Mehrheit erlangen, so möge wenigstens der Stadtratsantrag dahin abgeändert werden, dass der Beirat das Recht erhält, unmittelbar an dem Gemeinderat seine Anträge zu stellen. Redner schließt: Der Referent hat von einem neuen Geist gesprochen, von der Morgenröte einer neuen Zeit. Wenn das Arbeiterfürsorgeamt seine Aufgabe erfüllen soll, dann muss es frei sein

von jeder Engherzigkeit. Hand frei für jeden Tüchtigen, wird auch unsere Lösung sein müssen. Jede Arbeitskraft wird auszufütten sein, ohne Rücksichten auf die Anschauungen, die hier in der Gemeinde gelten, ohne Rücksichten auf Konfession und Stand. Nur unter diesen Voraussetzungen wird das Arbeiterfürsorgeamt seine segensreiche Aufgabe wahrhaft erfüllen.

VB. Hierhammer übernimmt den Vorsitz.

GR. v. Findenigg betont, dass die Arbeitslosenfrage vor allem durch zwei grosse Momente beherrscht werde und zwar durch die Beschaffung des Materials und die Bereitstellung von Verkehrsmittel. Dies aber seien Dinge, welche nicht die Gemeinde regeln könne, sondern wofür andere Faktoren massgebend sind, er möchte daher den Kollegen Reumann bitten, im ja nun bald zusammentretenden Reichsrat mit aller Energie dafür einzutreten, dass die vielen guten Anträge und Anregungen der Gemeinde von Seite der Regierung auch eine entsprechende Würdigung erfahren.

GR. Schlechter: Wir sind heute wieder im Begriffe auf dem Gebiete der sozialen Fürsorge ein ausserordentliches Werk zu schaffen, welches beweist, von welchem Geiste der ganze Gemeinderat beseelt ist. Er verdient hiefür seine volle Anerkennung ohne Rücksicht darauf, ob derartige sozialpolitische Anträge von Seite der Mehrheit kommen oder nicht. Sie weisen, dass der Gemeinderat in seiner heutigen Majorität nicht dahinstrebt, bloß mit Phrasen zu kämpfen sondern ernsthaft auf dem Gebiete der sozialen Fürsorge für alle Schichten der Bevölkerung sein Möglichstes zu leisten.

Nach einem Schlussworte des Referenten GR. von Steiner werden seine Anträge angenommen.

GR. Dr. Haas berichtet neuerlich über die Ueberweisung eines Teiles der Steuerzuschläge zum Wr. Krankenanstaltenfond an die Gemeinde Wien.

GR. Reumann führt aus, dass die Fassung des Beschlusses wohl in einer einfacheren, leichter verständlichen Form hätte erfolgen können. Wenn schon eine Sanierung des Krankenanstaltenfonds durchgeführt wird, müsse man selbstverständlich gleichzeitig verlangen, dass ein Teil dieser Einnahmen dem Jubiläumsspitale der Gemeinde zugeführt werde, das ja im eminentesten Sinne zur Behebung der Spitalsnot in Wien diene. Er selbst stehe auf dem Standpunkte, dass die Sanierung des Fonds eine unbedingt dringliche Angelegenheit gewesen sei, da man nicht fortwährend mit der Erhöhung der Verpflegskosten fortwirtschaften konnte. Er spreche sich infolgedessen auch gegen den Passus in den Referentenanträgen aus, wonach abermals eine solche Verpflegstaxenerhöhung hätte versucht werden sollen. Weiters müsse der Gemeinderat fordern, dass die Verpflegskosten in sämtlichen Spitälern auch durch eine rationellere Wirtschaft in der Beschaffung der Verpflegsmaterialien herabgedrückt werden.

GR. v. Steiner führt aus, dass der Gemeinderat bereits das letzte Mal seiner Meinung Ausdruck gegeben habe, dass es nicht angehe, auf Grund des Paragraph 14 Zuschläge zu direkten Steuern einzuführen und zwar ohne Zustimmung der berufenen Faktoren, in diesem Falle der Landes-Ausschüsse. Er glaube auch nicht, dass mit diesen Zuschlägen, wie sie jetzt verfügt wurden, eine wirkliche Sanierung möglich sei. Die Krankenhausfrage sei die einzig ungelöste Frage seit dem christlich-sozialen Regime in der Gemeinde und dem Landtage und er glaube wohl sagen zu dürfen, dass sie schon lange geregelt wäre, wenn sie in die Kompetenz dieser Körperschaften fallen würde. Er stellt schliesslich folgenden Antrag:

Mit Rücksicht darauf, dass die öffentlichen Spitälern in Wien durch drei Instanzen verwaltet werden und zwar das Ministerium des Innern, den Krankenanstaltenfond und die Gemeinde, stellt der Gemeinderat die dringende Bitte, die Regierung möge behufs Neuregelung des gesamten Sanitätsdienstes, Uebernahme der Kliniken durch das Unterrichts-Ministerium, sowie der Verwaltung öffentlicher Spitälern in Wien sofort mit dem ö. Landes-Ausschüsse und der Gemeinde Wien in Verhandlung treten.

Gr. Dr. Loewenstein bespricht die Frage einer Regelung der gesamten Sanitätspflege in Oesterreich. Dieselbe, erklärt der Redner, befindet sich eigentlich in einem vollkommen desorganisierten Zustande. Das Reichssanitätsgesetz entspricht mit Rücksicht auf die Fortschritte in der Medizin durchaus nicht mehr den Anforderungen und ausserdem ist das ganze Sanitätswesen in Oesterreich zersplittert, weil jedes Ministerium seine Sanitätspflege im eigenen Wirkungskreise verwaltet. Dazu sind noch für die einzelnen Länder Gesetze geschaffen worden, welche nur in diesem Geltung haben, so dass auf dem Gebiete der Sanitätspflege äusserst ungesunde Verhältnisse entstanden sind. Gerade jetzt, wo wir die ganzen Fragen der sozial-hygienischen Vorkehrungen zu lösen haben, kann nur von einer einheitlichen Zentralstelle aus das gesamte Sanitätswesen geregelt werden. Weil eine solche Zentralstelle fehlt, werden auch die merkwürdigsten Bestimmungen erlassen, wie das Organisationsstatut der österreichischen Vereinigung zur Bekämpfung der Tuberkulose, das den Anschein erweckt, dass es der Regierung nicht ernst ist, Tuberkulosebekämpfung in jenem Masse durchzuführen, wie es im Interesse der Bevölkerung und im Interesse des Staates notwendig ist. Wohltätigkeitsfeste zu veranstalten um die Gesundung der Bevölkerung herbeizuführen, das ist nahezu eine Lächerlichkeit. Wir müssen aus diesem Kriege die Erfahrung schöpfen, dass wir unbedingt Mittel aufbringen müssen, aber nicht durch Vorstellungen und durch Legate oder andere Zufälligkeiten, sondern Mittel aus dem Staatsvermögen und da gibt es nur den einen Weg, der auf die Einführung einer Reichssanitätssteuer weist. Man spricht jetzt viel von der beabsichtigten Schaffung eines Ministeriums für soziale Fürsorge, hoffentlich wird man diesen Plan nicht wieder durchführen, ohne die Fachmänner gefragt zu haben, so wie das bei den Organisationsstatut für die Vereinigung zur Bekämpfung der Tuberkulose der Fall war. Der Redner stellt schliesslich den folgenden Antrag:

Der Gemeinderat wolle beschliessen, die Regierung werde aufgefordert ein im Interesse des Staates, der Länder und Gemeinden unbedingt notwendige Reform des Reichssanitätsgesetzes ehestens vorzunehmen und eine Zentralstelle für das gesamte Sanitätswesen zu schaffen.

In seinem Schlussworte tritt der Berichterstatter für die Annahme der Anträge von Steiner und Dr. Loewenstein ein und betont, dass es der Gemeinde ferne gelegen sei, eine Erhöhung der Spitalskosten durchzuführen, wenn sie nicht dazu durch die dringendste Notwendigkeit gezwungen wird.

Hierauf werden die Anträge des Berichterstatters sowie die Anträge von Steiner und Loewenstein, erstere mit den in der Wechselrede beantragten Änderungen des Motivenberichtes zum Beschlusse erhoben.

STR. Dr. Haas beantragt die Erhöhung der Gebühren für die supplierenden städtischen Aerzte.

GR. Dr. Loewenstein hebt die grossen Verdienste der Aerzteschaft in der Frage der Seuchenbekämpfung hervor und anerkennt die Leistungen des Stadtphysikates und seines ausgezeichneten Leiters Dr. Böhm. Er bittet auf die grosse Ueberbürdung der Aerzteschaft Rücksicht zu nehmen und diese so weit als möglich auszugestalten.

Hierauf wird der Antrag des Berichterstatters angenommen.

Vize-Bgm. Rain übernimmt den Vorsitz.

STR. Frass legt den Tätigkeitsbericht des städtischen Arbeits- und Dienstvermittlungsamtes vor.

GR. Bretschneider bezeichnet dies als einen Fortschritt, dass dieser Bericht nunmehr in öffentlicher Sitzung des Gemeinderates erstattet werde. Er beklagt es, dass infolge des Arbeitermangels die Arbeiterschutzbestimmungen ganz aufgehoben sind und dass die Arbeiter fast durchwegs Ueberstunden machen, und Sonntag arbeiten müssen, so dass sie ihre ganze Kraft verbrauchen. Er bespricht sodann die Notwendigkeit der Einführung einer arbeitslosenversicherung und setzt sich für die Schaffung eines paritätischen Ausschusses ein.

GR. Reumann vermisst im heutigen Bericht die in den früheren Berichten enthaltene Uebersichtstabelle über die Löhne. Er wünscht, dass diese Tabellen in die künftigen Berichte wieder aufgenommen werden.
Nach dem Schlussworte des Referenten wird der Bericht zur Kenntnis genommen.

4

StR. Zatzka : beantragt die Verpachtung ^{einer} ~~der~~ städt. Liegenschaft in Oberbaumgarten an Franz und Antonie Wienerer.

GR. Skaret ist gegen die lange Dauer der Verpachtung, die auf 40 Jahre erfolgen solle, was man nicht anders als eine Gefälligkeit nennen könne. Mit Rücksicht auf die zu erwartende Entwicklung des Bezirksteiles werde der Umstand, dass der Grund ~~xxx~~ 40 Jahre lang nicht verbaut werden könne für die Wohnungsfrage von grossem Nachteile sein. Er beantragt, die Rückverweisung des Antrages an den Stadtrat. Nach Ablehnung des Rückverweisungsantrages und dem Schlussworte des Berichterstatters in dem dieser den Ausdruck Gefälligkeit entschieden zurückweist, wird der Stadtratsantrag angenommen.

Stadtrat Zatzka : beantragt der österr. ungar. Automaten-gesellschaft Brüder Stollwek & Co., städt. Gründe an der ~~xxxxx~~ ^{Koll} ~~xxxxx~~ ^{und} Hofbauergasse im XII., Bezirke im Ausmasse von rund 685 Quadratmetern um 75.000 Kronen zu verkaufen. Dieser Antrag wird ohne Debatte genehmigt.

Nach einem Antrage des Str. Heinar. Schmid wird die Schlussrechnung über das Kleinwohnungs-, Werkstätten- und Lagerkellergebäude auf der Freihaus-Realität im IV. Bezirk genehmigt.

GR. Panosch beantragt den Ankauf der Rudolf Kaftanschen Uhrensammlung.

GR. Skaret ist gegen den Ankauf und erklärt, wenn man eine Preisausschreibung mit noch so hohem Preise gemacht hätte, über die Frage, was der Gemeinde Wien noch fehle, so wäre sicherlich niemand auf die Idee einer Uhrensammlung verfallen. Die Sammlung habe einen ganz spezifischen Wert und ermögliche nur eine historische Erforschung im Uhrmachergewerbe. Nachdem sie nicht im Interesse der Allgemeinheit sei, werde er dagegen stimmen.

GR. Lohner hätte gewünscht, dass die Sammlung vom technischen Museum angekauft werde. Nachdem dessen Geldmitteln erschöpft seien, sei es allerdings im Interesse der Stadt Wien gelegen, die Sammlung hier zu erhalten, nachdem erfahrungsgemäss Sammlungen eine ganz bedeutende Anziehungskraft haben.

Bei der Abstimmung des Referentenantrages wird der Antrag genehmigt.

GR. Spalowsky berichtet über Abänderungen und Ergänzungen der Bestimmungen betreffend die Krankenversicherung der städtischen Arbeiter.

GR. Reumann erklärt, dass seine Parteigenossen selbstverständlich für den Antrag des Berichterstatters stimmen werden, ~~xxxxxxxxxxxxxxxx~~ doch sei es bedauerlich, dass die Gemeinde Wien in der Frage der Angehörigenversicherung gewissen Strömungen gegen dieselbe, die sich in der Aerzteschaft bemerkbar machten, Vorschub ^{geleistet} ~~gemacht~~ habe. Die Krankenkassen haben sich schon jetzt für die Angehörigenversicherung entschieden und werden deren Durchführung versuchen ohne mit den Aerzten in ein Vertragsverhältnis einzugehen. Auch die Stadt Wien könnte sich einer solchen Form bedienen und auch der Frage der Schwangerschaftsunterstützung näher treten. Bezüglich der Stillprämien wünscht Redner deren Ausdehnung vom 12 Wochen betragenden Minimum auf 26 Wochen.

DR. Loewenstein erklärt, dass die Aerzteschaft gegen die Einführung der Familienversicherung auch während des Krieges keine Einwendungen erhebe. Der Kampf bezüglich dieser Versicherung bewegte sich bis jetzt zwischen den Krankenkassen und der Aerzteschaft um die Frage der freien Arztwahl und die Aerztekammer habe sofort nach der Verlautbarung des neuen Krankengesetzes eine Fühlungnahme mit den Krankenkassen gesucht. Die Aerzteschaft werde sicherlich alles mögliche tun um ein Einvernehmen mit den Krankenkassen hinsichtlich der Familienversicherung zu erzielen.

Nach dem Schlussworte des Referenten wird der Stadtratsantrag genehmigt.

STR. Tomola beantragt die Herausgabe eines Gedankbuches an Kaiser Franz Josef I. für die Wiener Schuljugend, hierfür sei ein Betrag von 260.000 Kronen zu bewilligen.

5

GR. Skaret erklärt, der Zeitpunkt scheint schlecht gewählt zu sein, man 200.000 Kronen so ohne weiteres für ein Gedenkbuch ausgeben könne und betont, dass er und seine Parteigenossen nicht für den Antrag stimmen können.

Bgm. Hierhammer : Herr Gemeinderat stellen Sie den Antrag auf Ablehnung ?

GR. Skaret : Es nützt mir ja doch nichts!

GR. Herold erklärt, er müsse dem Gemeinderate Skaret beistimmen, eine Viertelmillion für ein Gedenkbuch sei in der gegenwärtigen Zeit sehr viel, selbst wenn es sich um die erhabene Person des verstorbenen Kaisers handle, dessen Andenken in allen Herzen auch ohne Gedenkbuch unauslöschlich eingegraben sei. Der Redner meint, man könne an Stelle des Gedenkbuches bei der Herausgabe des neuen Lesebuches die Regierungszeit und die Bedeutung Kaiser Franz Josefs mehr ~~xxxx~~ bedenken.

Nach einem Schlussworte des Referenten wird der Ablehnungsantrag des Gemeinderates Skaret abgelehnt und der Referentenantrag angenommen.

GR. Kippel beantragt die Errichtung eines Doppelvolkschulgebäudes auf ~~xxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxx~~ dem der Gemeinde Wien gehörigen Bauplatze im X. Bezirke, Trost-Malborgeht-Caseriegelstrasse auf Grund der vorliegenden Entwurfskizze mit dem Kostenverföhrnisse von ungefähr 940.000 Kronen für Bau- und Einrichtung zu genehmigen.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft.
